Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 4

Artikel: Afrikanische Reminiszenzen : wo noch die Weissen herrschen

Autor: Tickle, Ian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076502

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Afrikanische Reminiszenzen

Wo noch die Weissen herrschen

Von Ian Tickle

Der zweite Beitrag unseres SOI-Mitarbeiters, Redaktor der «Swiss Press Review and News Report», befasst sich vor allem mit Rhodesien und Südafrika.

Zambia, das Vorgelände Rhodesiens

Ich hatte beabsichtigt, von Tanzania nach Zambia mit dem Bus zu fahren. Und ich hatte mir vorgestellt, der Busdienst müsse nach afrikanischem Standard gut sein, weil es sich um die Route handelt, der die Exporte aus Zambia folgen müssen, wenn sie den Weg durch Gebiete weisser Vorherrschaft vermeiden wollen. Aber nein. Die Fahrpläne von Tanzania und Zambia sind nicht aufeinander abgestimmt, und die Anschlüsse könnten nicht schlechter sein. Ueberdies machen die Zollstationen am Ende des regulären Arbeitstages einfach den Laden zu. Später eintreffende Lastwagen oder Busse haben bis zum nächsten Morgen zu warten.

Und dabei spricht man von grossen Anstrengungen, die für Europa bestimmten Güter Zambias über Dar es-Salaam zu leiten. Die geplante chinesische Eisenbahnlinie von Zambia zum Indischen Ozean gehört ins gleiche Programm. Inzwischen liesse sich allerdings auch ohne enorme Investitionen sehr viel mit den gegenwärtigen Verbindungen tun, doch hat die Politik eben Vorrang. Nebenbei: Als Präsident Kaunda nach einem Besuch in Peking nach Zambia zurückkehrte, erklärte er, die Chinesen seien die besten Christen von uns allen.

Man nennt sie «Kaffern» . . .

Das «weisse Afrika» so hatte ich mir immer gedacht, würde am Zambesi-Fluss beginnen, der die Grenze zwischen Zambia und Rhodesien bildet. Als ich indessen auf dem Flughafen von Ndola in Nordzambia ankam, hatte ich zunächst das Gefühl, ich sei schon in den Gefilden, wo weisse Ueberheblichkeit den Ton angibt. Der Beamte bei der Ankunftskontrolle war ein Brite, dessen unfreundliches Verhalten durch seine Trinkgewohnheiten offensichtlich nicht verbessert wurde. Der Restaurantbesitzer sprach von «Munts». Das Wort war mir noch neu. Später lernte ich es kennen, als Ausdruck, den Weisse brauchen, um die Mehrheitsbevölkerung des Landes zu bezeichnen und in seiner Abschätzigkeit recht eigentlich dem Schimpfwort «Kaffer» entspricht. Und die Dame, die mein Hotel leitete, versicherte mir, in ihrer Meinung offenbar dem Ruf des Hauses zuliebe, sie tue ihr möglichstes, die «Eingeborenen» aus ihren sauberen Zimmern herauszuhalten. Ja, befand ich mich da tatsächlich in einem unabhängigen schwarzafrikanischen Land?

. . . und sie regieren doch

Nun, doch. Die Bürger Zambias besitzen ihr Land auch. Nur haben sie neben dessen Nationalstolz auch dessen Reichtum zu verteidigen. Die Kupferregion, die Zambia mit der kongolesischen Provinz Katanga teilt, enthält die reichsten Kupfervorkommen der Welt. Da es zur Ausbeutung der Bergwerke noch an einheimischen Kräften fehlt, braucht man eben Weisse, und schon den geographischen Gegebenheiten entsprechend handelt es sich bei diesen häufig genug um Rhodesier oder Südafrikaner. Man kann sie vorderhand nicht hinauswerfen, ohne ärmer zu werden. So einfach ist die Sache.

Kupfer + Christentum = Toleranz

In Zambia hat man demnach gelernt, das zu akzeptieren, was akzeptiert werden muss. Die Grenzen sind dabei ziemlich weit gezogen, doch reagiert man immerhin auf die ärgsten Beleidigungen. So wurde kürzlich ein Mann ausgewiesen, der in einem öffentlichen Lokal den Staatspräsidenten einen Kaffer genannt hatte. Und dieses Jahr verbot man den Rhodesiern im Lande, den Jahrestag der einseitigen rhodesischen Unabhängigkeitserklärung öffentlich zu feiern. Dass man mit der Verkündigung dieser Minimalmassnahme überhaupt so lange zugewartet hat, ist schon ein Zeichen erheblicher Toleranz. Im Falle von Präsident Kaunda übrigens ist solche Toleranz vielleicht nicht nur auf wirtschaftliche Erwägungen zurückzuführen. Er könnte sie möglicherweise ganz einfach als christliche Tugend hochhalten, denn er gehört zu den wunderseltenen Staatsmännern, denen das Christentum mehr ist als nur Lippenbekenntnis. Was trotz allem nicht heissen soll, dass seine Ansichten über chinesisches Christentum notwendigerweise aus der Tatsache seines eigenen Praktizierens gefolgert werden müssten.

Zambia hat 70 000 weisse Einwohner, mehr als irgendein anderes afrikanisch regiertes Land. An potentiellem Konfliktstoff fehlt es nicht, doch inzwischen werden die Bergwerke ausgebeutet und die Beleidigungen verdaut. Das ist mehr als nur eingesteckt. Manche Afrikaner sind schon so weit, dass sie rassistischer Ignoranz mit ruhiger Verachtung begegnen, womit sie echte Ueberlegenheit bekunden.

Schock in Salisbury

Aber natürlich ist der Zambesi die wirkliche Grenze. Ich sah den Fluss zwar kaum, weil ich von Lusaka nach Salisbury flog, aber ich war einer der letzten, die das tun konnten. Denn seit Jahresbeginn gibt es zwischen Zambia und Rhodesien keine direkten Flüge mehr. Der Reisende von Lusaka muss nunmehr in Livingstone landen, dort den Zambesi zu Fuss oder im Auto überqueren und auf der rhodesischen Seite ein anderes Flugzeug nach Salisbury besteigen.

Nun hatte ich einiges über afrikanische Angelegenheiten und afrikanische Geschichte gelesen, und obwohl Lektüre natürlich keinen Ersatz für Reisen (von denen Ian Tickle immerhin einige nach Afrika unternommen hat; Red.) ist, findet der einigermassen informierte Reisende in der Regel, dass die direkte Anschauung sein sonstwie erworbenes Wissen bestätigt und ergänzt. Dass er auf grössere Tatsachenkomplexe stösst, die ihm völlig fremd sind, ist selten. Doch es kommt vor, und mir begegnete es in Rhodesien.

Ein bequem hingesetzter rhodesischer Zeitungsmann erklärte mir in seinem gut ausgestatteten Büro, was uns in Europa fehle, sei eine Prise Diktatur. (Er sollte bei weitem nicht der einzige in jenem Lande bleiben, der mir solches sagte.) Da er sehr höflich war, lenkte er, als das Gespräch zum Punkt gediehen war, wo ich meine Auffassung klarmachte, mit der Bemerkung ein: «Nun ja, Sie sind eben in der liberalen Tradition aufgewachsen.»

Womit er recht hatte. Und wahrscheinlich war es gerade meine liberale Herkunft, die mich in Rhodesien und Südafrika Ueberraschungen finden liessen. Sie bezogen sich auf die Rassenverhältnisse. Ich hatte mir auf diesem Gebiet die Dinge in Rhodesien arg vorgestellt, und in Südafrika noch viel ärger. Aber als ich später in Johannesburg ankam, hatte ich vergleichsweise geradezu das Gefühl, in eine Welt der Vernunft eingekehrt zu sein, obwohl dort alles andere als Vernunft die Szene beherrscht. Nur ist in Rhodesien die Sache noch schlimmer. Das widerspricht den landläufigen Vorstellungen in Europa und bedarf der Erklärung.

Verzicht auf Rassentrennung — aus Rassismus

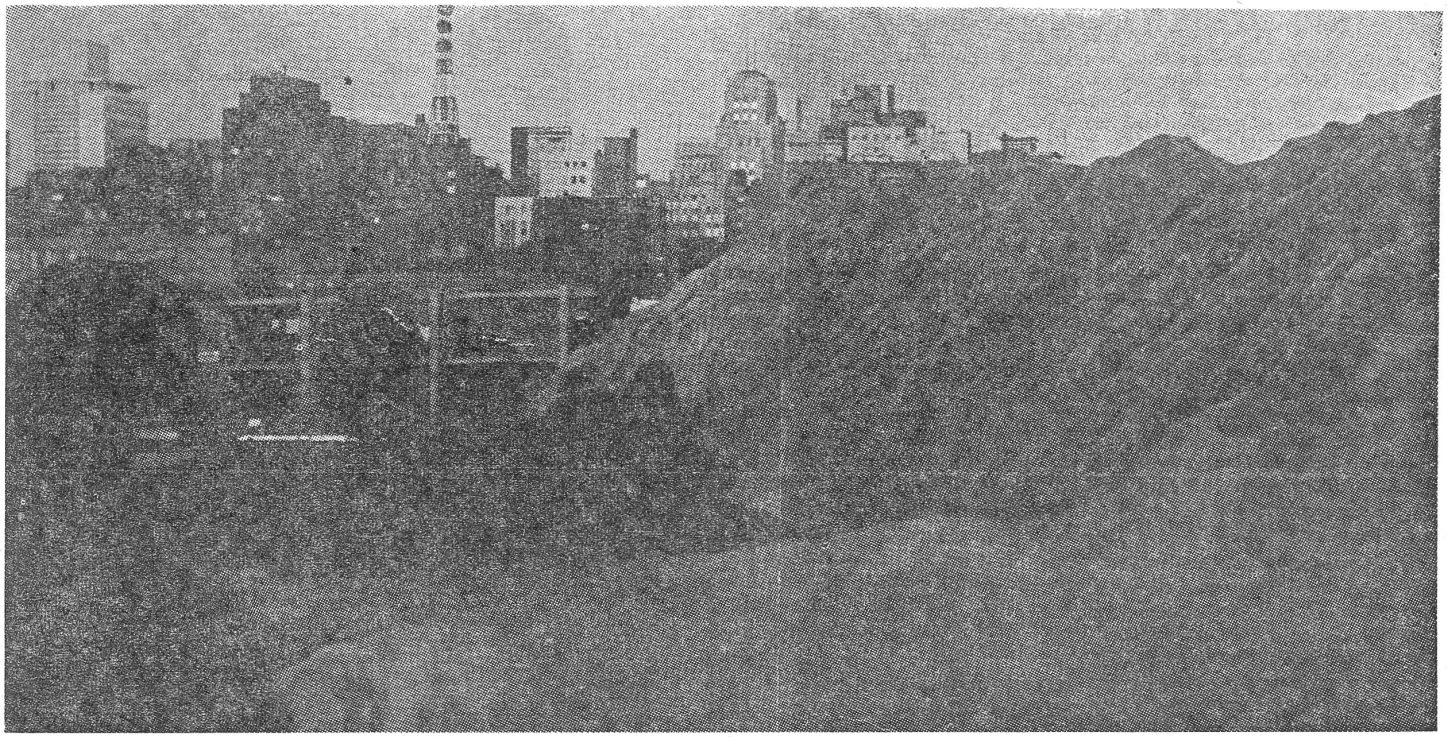
In Rhodesien habe es «wenigstens keine Apartheid», meint man hierherum — und packt damit die Sache schon falsch an. Wenn die weissen Rhodesier die Rassentrennung weder wünschen noch brauchen, dann deswegen, weil sie so unangefochten die Herren sind, wie die Afrikaner unabdingbar die Diener sind. Für die Herrschaft ist es einfach bequemer, die Dienerschaft bei der Hand zu haben. Ein anderes Verhältnis als das zwischen Herren und Dienern wird nicht einmal erwogen. Ein Afrikaner kann ein Koch, ein Hausangestellter, ein Abwart oder ein Strassenkehrer sein. Dazu taugen sie, und etwas anderes wollen sie auch gar nicht, sagen die Weissen. Der Gedanke etwa, ein Afrikaner müsste grundsätzlich instand gesetzt werden, mehr zu wollen, als er jetzt will, würde hier als Argument schon an der schieren Verständnislosigkeit dafür scheitern.

Dass die meisten dieser Leute die Apartheid ablehnen, hat noch einen anderen Grund. In Rhodesien gibt es weniger Weisse als in Südafrika, wenig genug jedenfalls, dass es für die meisten zu einer gehobenen Position reicht. Da hätte die Apartheid den Nachteil, dass sie auch niedrigere Stellen unter sich aufteilen müssten.

Es bedeutet also nicht ein Weniger an Rassismus, wenn die Apartheid unter den Weissen in Rhodesien abgelehnt wird. Ihre Gründe sind den unsern entgegengesetzt.

Das Ende wird ein Blutbad sein

Die Sache wird nicht leichter, wenn man fairnesshalber feststellt, dass die weissen Rhodesier deswegen noch nicht böse Menschen und be-



Die Goldbergwerke von Johannesburg: Gelbes Metall und schwarze Arbeit.

wusste Zyniker sind. Sie sind durchaus aufrichtig davon überzeugt, dass die Afrikaner zur Selbstregierung unfähig seien. Bezeichnend dafür ist ihre Sicht auf das übrige Schwarzafrika. Die — willig aufgenommene — Regierungspropaganda zeichnet hier ausschliesslich das Bild von Tod und Zerstörung; Schwarzmalerei in jedem Sinne des Wortes. Einige rhodesische Gesprächspartner meinten in allem Ernst, ich hätte Glück gehabt, von meinem Besuch in Tanzania lebend herausgekommen zu sein. Dass in Schwarzafrika Friede und der schlichte Wunsch nach Fortschritt die Alltagsregel ist, das wissen diese Leute nicht und wollen es nicht wissen. Und vor allem sehen sie nicht ein, dass die Tage der weissen Vorherrschaft in Rhodesien unwiderruflich gezählt sind. Freilich mögen es im wörtlichen Sinn eher Jahre als Tage sein, aber je länger das weisse Herrschaftsregime anhält, desto schrecklicher wird sein Ende sein. Nun entspricht die rhodesische Politik zu sehr der Mentalität der gesamten dortigen weissen Bevölkerung, als dass sich eine Umkehr absehen liesse. In Südafrika mögen Chancen einer Evolution vorbehalten sein; in Rhodesien sehe ich keine solche Chance. Das Ende wird, fürchte ich, das Blutbad sein.

Südafrika: Die Apartheid hat ihre Dialektik

Und so nach Johannesburg. Hier leben Weisse und Afrikaner getrennt, durch Mauern, durch Institutionen, durch geistige Konzepte. Apartheid bedeutet zunächst Rassentrennung. Wenn das Prinzip Trennung und Gleichheit meint, liesse es sich diskutieren, so wie anderswo vielleicht die Auffassung von Ethnies. Die Crux ist nur, dass es in Südafrika die Apartheid in diesem Sinne gar nicht gibt. Der wesentliche Begriffsteil der Gleichheit fehlt nämlich ganz und gar, was immer von der «eigenen Entwicklung der Bantu» gesagt wird. Die Afrikaner erhalten von sämtlichen Dingen den schlechtesten Teil zugewiesen, was sich statistisch übrigens eindeutig nachweisen lässt. Apartheid, so wie sie «ideologisch» und propagandistisch präsentiert wird, ist in Südafrika überhaupt noch nie versucht worden, und es macht nicht den Anschein, dass sie unter dem gegenwärtigen Regime versucht werden könne.

Mit den Apartheid-Grundsätzen in Südafrika ist es wie mit den marxistischen Grundsätzen in kommunistischen Ländern. Sie sind schon diskutabel genug, aber sie werden überdies nicht einmal eingehalten.

Keine «weisse Einheitsmeinung»

Im Unterschied zu Rhodesien stellte ich in Südafrika keine «weisse Einheitsmeinung» fest. Auch wenn das Stratum meiner Gesprächspartner, grossteils Journalisten, vielleicht nicht unbedingt repräsentativ war, fiel mir doch die Vielfalt der Ansichten auf. So gab es Befürworter und Gegner der Apartheid, und schiere, blinde Unvernunft traf ich eigentlich nicht an.

Heute frägt es sich übrigens, ob nicht die Regimepolitik selbst im Begriffe ist, unfreiwillig Löcher in ihre eigene Rassentrennungskonstruktionen zu schiessen. Denn an seiner reinen Funktionsfähigkeit gemessen muss das Prinzip der Rassentrennung ganz durchgeführt werden, scheint mir, oder dann gar nicht. Und heute gibt es bereits Risse in den Apartheid-Strukturen, die über zwei Jahrzehnte von vier nationalistischen Ministerpräsidenten mit so viel ingrimmigem Eifer aufgebaut wurden.

Um das zu illustrieren, will ich auf die alte journalistische Methode zurückgreifen, ein Gespräch mit einem Taxichauffeur wiederzugeben, unter feierlicher Versicherung, dass es sich so abgespielt hat. Ich fragte also den Chauffeur, einen Weissen, ob er schwarze Kunden aufnehmen dürfe. «Nur in Begleitung von Europäern», antwortete er zunächst. Doch dann fuhr er fort: «Wenn natürlich die Schwarzen auf Regierungskosten im «Langham» (Johannesburgs bestes Hotel) logieren, dann ist das eine andere Geschichte. Und wie in aller Welt soll ich als Taxichauffeur auseinanderhalten, wer wer ist?»

Ein erstes Rätsel für den Taxichauffeur

Ja. Diese kleine Illustration zur Schwierigkeit, in einem gegebenen Fall den Unterschied zu machen, hat vielleicht den Aussagewert eines Zukunftindizes. Anscheinend und überraschenderweise ist der neue Regierungschef, Balthasar Vorster, in echter Weise bestrebt, diplomatische Beziehungen mit den schwarzafrikanischen Staaten anzuknüpfen. Mir gegenüber betonten das jedenfalls sowohl Regimefreunde als auch Regimefeinde, und von den letzteren hörte ich wiederholt die Meinung, Vorster habe sich eigentlich besser gehalten, als man bei seinem Amtsantritt gedacht hätte.

Nun würde die Errichtung von schwarzafrikanischen Botschaften in Südafrika notgedrungen Breschen in die Dämme der Apartheid, so wie sie heute gehandhabt wird, schlagen müssen. Und das mag immerhin als kleines Licht in der herrschenden Dunkelheit registriert werden.

Schwarzafrikanisches Dilemma: Front oder Aufweichung?

Illusionen sind freilich selbst bei solchen ansatzweisen Hoffnungen nicht am Platze. So ist schon die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den schwarzafrikanischen Staaten leichter gesagt als getan. Die meisten dieser Staaten sind kategorisch dagegen, irgend etwas mit dem Apartheid-Regime zu tun zu haben. Das hat Hastings Banda, Präsident von Malawi, erfahren

(Fortsetzung auf Seite 10)

Raul Castro klagt an

(Fortsetzung von Seite 3)

Ein schriftlicher Bericht sei deshalb notwendig, weil es in der UdSSR verschiedene Meinungen über die aufgeworfenen Probleme gebe und selbst Botschafter Alexander Alexejew diese Ansichten nicht teile. Damit diese Angelegenheit also nicht als persönliches Problem seiner selbst erscheinen könne, brauche er einen schriftlichen und unterzeichneten Bericht.

(Jener Bericht ist laut Raul Castro von Anibal Escalante zwar aufgesetzt, aber dann vernichtet worden. In den Verhören sei er inhaltlich rekonstruiert worden. Laut Raul Castro stellte der Text das gegenwärtige kubanische Regime, dem Misserfolg auf verschiedensten Gebieten angekreidet wurden, als kleinbürgerlich und antisowjetisch dar.)

Später hatte Anibal in Verfolgung seiner Ziele eine persönliche Unterredung mit einem Sowjetbürger, einem Berater im Innenministerium, mit dem er bereits befreundet war. Dieser Berater war verärgert über eine Note, welche die revolutionäre Regierung herausgegeben und in der Presse veröffentlicht hatte. Es ging um die 200-Meilen-Grenze, welche die reaktionäre argentinische Gorilla-Regierung einseitig proklamiert hatte, um unserer Fischereiflotte zu schaden. Dieser Sowjetbürger erachtete unsere Note als den sowjetischen Interessen abträglich und suchte zu erklären, weshalb seine Regierung die von der argentinischen Regierung verfügten Bussen bezahle. Das Gespräch führte zu andern internationalen Problemen, und man diskutierte kubanische und sowjetische Positionen, wobei Anibal Escalante seinem Gesprächspartner die im oberwähnten Dokument geäusserten Ansichten mitteilte.

Der Sowjetbürger fragte, ob er diese Ansichten in Moskau dargelegt habe und ob er bereit sei, das zu tun. Anibal Escalante antwortete, wenn er Interesse daran habe, solle er ihm und seiner Frau eine Reisemöglichkeit verschaffen, denn dies wäre eine gute Gelegenheit, diese Probleme zu behandeln.

Emilio Lopez Castillo hatte Kontakte mit Rudolf P. Schliapnikow, bekannt als Rodolfo, Zweiter Sekretär der Sowjetbotschaft. Schliapnikow hatte ein Treffen (mit verschiedenen Mitgliedern der «Mikrofraktion»), in welchem die revolutionäre Führung (Kubas) kritisiert wurde. Felix Fleitas sagte, er habe seit einiger Zeit mit einigen von ihnen (der Sowjetbotschaft) reden wollen, um sie über das, was im Lande vorgehe, aufzuklären. Es gebe etliche alte Kommunisten, die in der sowjetischen Botschaft politisches Asyl suchen wollten. Rodolfo, der Zweite Botschaftssekretär, unterbrach ihn hier und sagte, dies sei nicht der Weg, den man jetzt befolgen solle. Man müsse noch warten.

... Felix Fleitas meinte auch, die alten Kommunisten würden niemals die UdSSR verraten ... und die Sowjets müssten etwas tun, weil die Dinge hier sehr schlecht seien. Sie sollten einen Protest gegen die hiesige Politik einlegen ...

Rodolfo, das heisst Rudolf P. Schlapnikow, erklärte, wenn die Sowjets Fidel Castro eine Note senden würden, wäre dieser fähig, sie zu veröffentlichen, und das sei nicht wünschbar. Sie könnten daher nicht etwas unternehmen, das später die Sowjets in das gleiche Licht wie die Yankees rücken würde.

Fleitas erzählte dem Sowjetbürger, Kuba gedenke, anderweitig Erdöl zu kaufen. Rudolf fragte scherzhaft, ob dies nicht Leonis Erdöl sei. Fleitas fügte als Spass hinzu, Kuba wolle mit der UdSSR brechen. Hier bemerkte Rudolf unter Gelächter: «Wir brauchten ja nur der kubanischen Regierung zu erklären, dass der Hafen von Baku für drei Wochen wegen Reparaturen geschlossen werden müsse, und damit wäre die Sache erledigt.» Jedermann stimmte in das Gelächter ein.

Die Kybernetik im Sowjetsystem

(Fortsetzung von Seite 9)

agogik erkannt, und es wurden auch schon eine ganze Reihe interessanter Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet geleistet. In Ungarn sind die ersten Publikationen zu diesem Thema im Jahre 1962 erschienen. 1967 hat man bereits die erste Lehrmaschine «Didaktomat» in Serienproduktion genommen. Der Erfinder dieses Gerätes ist im kommunistischen Ungarn ausgerechnet ein katholischer Priester, namens Lajos Terenyi. An der Prager Karls-Universität existiert seit 1965 ein Kybernetisches Institut, das unter der Leitung von Professor Lansky bereits erfolgreiche Arbeiten aufweisen kann. Serienmässig wird in der CSSR gegenwärtig nur eine Lehrmaschine hergestellt. Im Jahre 1964 wurden in den Schulen der DDR erste Versuche mit dem programmierten Unterricht durchgeführt. Bereits 1966 wurde die erste elektronische Schulunterrichtsmaschine der Polytechnischen Oberschule der Stadt Halle-West übergeben. In der ganzen Welt existieren nur zehn solcher Unterrichtsmaschinen. In Rumänien wurde im Juni 1967 die erste Lehrmaschine am Temesvarer Polytechnischen Institut unter Leitung von Aurel Soceneantanu gebaut; eine Anlage, die die jeweiligen Kenntnisse der Studenten prüfen kann.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den genannten Ländern von einem nicht sehr grossen Kreis interessierter Personen und Institutionen ernsthafte Arbeiten zur Klärung der Anwendungsmöglichkeiten der Methoden, Erkenntnisse und Erzeugnisse der Kybernetik auf dem Gebiete der Erziehung und Bildung unternommen werden, wobei zurzeit in der UdSSR diese Arbeit mit der anscheinend grössten Planmässigkeit, Zielstrebigkeit und dem grössten materiellen Einsatz erfolgt.

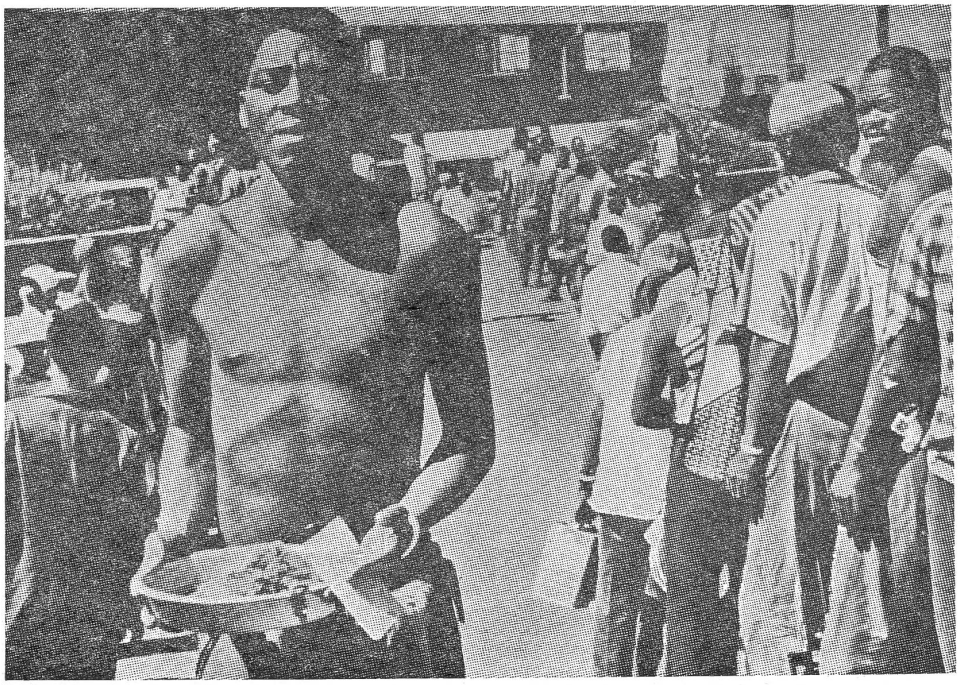
(Fortsetzung folgt)

Wo noch die Weissen herrschen

(Fortsetzung von Seite 5)

müssen, als er in die diplomatische Anerkennung von Südafrika einwilligte. Er ist im Kontinent weitherum als Verräter an der afrikanischen Sache gebrandmarkt worden.

Gerade als ich in Johannesburg war, wurden diese Fragen überall mit Eifer erörtert. Und weil ich von schwarzafrikanischen Ländern herkam, wollten Zeitungsleute von mir wissen, ob ich in jenen Ländern irgendwelche Anzeichen von möglicher Bereitschaft zur Kontaktaufnahme gesehen habe. Das hatte ich nun nicht, ganz im Gegenteil. Dafür fragte ich zurück, von wem sie selbst, meine Gesprächspartner, am ehesten Schritte in diese Richtung erwarten würden. Zu meiner Verwunderung wurden zwei francophone Staaten im Norden genannt, Gabon und Tschad, die beide noch auf meinem Reiseprogramm standen. Ich sagte, ich würde dort diesbezüglich herumfragen und Bescheid geben. Ich werde die Gelegenheit benutzen, in einem späteren Artikel auch die KB-Leser daran teilnehmen zu lassen. ■



Verpflegung in Johannesburg.